

bisher von der Humanum-(Schweiz) und von der Ford-Stiftung (USA) unterstützt wurde, offensichtlich über ausreichendere finanzielle Mittel als die päpstliche Studienkommission selbst.

Wird sich die Bischofssynode äußern?

Offen ist im Augenblick, welche Struktur „Justitia et Pax“ in Zukunft erhalten wird und wie weit das neue Dikasterium ihre Existenz und ihre Stellung in der Kurie berührt. In erster Linie ist von der römischen Neugründung aber die CIDSE betroffen, die bei stärkerem Ausbau des neuen Dikasteriums diesem weichen müßte. Damit scheint die Hauptfrage nicht so sehr zu sein, ob die nationalen Entwicklungshilfswerke zu noch mehr Koordination gezwungen werden oder einen Teil ihrer Unabhängigkeit verlieren. Entscheidender erscheint die Frage, ob es in der katholischen Kirche möglich ist, wenigstens in einem Bereich, der das Kirchenvolk als Ganzes betrifft und in der Durchführung in erster Linie Aufgabe der Laien ist, Gemeinschaftsziele auch ohne zentrale Steuerung durch eine päpstliche Behörde zu verwirklichen. Dies ist eine *Grundsatzfrage*, mit der sich die nächste Bischofssynode im Rahmen der Diskus-

sion über das Thema Gerechtigkeit in der Welt auseinanderzusetzen haben wird. Interessant ist die Beobachtung, daß sich jetzt im katholischen Raum derselbe Prozeß wiederholt und dieser Prozeß auch mit denselben Argumenten bestritten wird wie im vorigen Jahr beim Ökumenischen Rat der Kirchen, als es zur Gründung der weiter oben zitierten Ökumenischen Kommission mit dem Ziel der Errichtung eines Ökumenischen Entwicklungsfonds kam. Auch dort wurde eingewandt: die Autonomie der Werke leite sich ab von der Herkunft des Geldes; der Spender sei nicht bereit, sein Geld einer ihm fremden Verwaltungsorganisation anzuvertrauen; mit zunehmender Entfernung der Verfügungsgewalt vom Herkunftsort der Spenden nehme die Spendenfreudigkeit ab. Dieses Argument hat gegenüber Rom und dem ÖRK seine Geltung. Doch es eignet sich wenig für eine Abstimmung mit den jungen Kirchen der Entwicklungsländer, weil diese unter Umständen die Autorität Roms einer vermeintlichen oder tatsächlich spürbaren Abhängigkeit von einzelnen Geberländern vorziehen würden. Diese psychologische Situation kam schon auf der Synode 1969 deutlich zum Durchbruch. So dürfte es auch auf der kommenden Synode wieder sein.

kommunistischer Partei veröffentlichte, wurde sie von der gaullistischen „Nation“ scharf gerügt. Vor allem *Proteste gegen den Waffenhandel* der französischen Regierung nehmen ständig zu (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 219—221). Erst kürzlich veranstalteten die Mitglieder christlicher Friedensorganisationen unter den Besuchern der internationalen Flugzeugausstellung zu Bourget einen sit-in und verteilten 7000 Flugblätter, in denen sie den Waffenhandel der Regierung verurteilten und die Glaubwürdigkeit offizieller Regierungserklärungen über den Kampf gegen Rassismus und für das Selbstbestimmungsrecht aller Völker, die Achtung vor den Menschenrechten und die Entwicklungshilfe in Zweifel zogen (vgl. „La Croix“, 10. 6. 71).

Vom 19. bis 26. Juni 1971 protestierten in der Kirche Saint-Martin zu Metz 13 junge Leute mit einem Hungerstreik gegen die *Inhaftierung des Wehrdienstverweigerers* aus Gewissensgründen, *R. Carlo*, dessen Fall nicht anerkannt worden war, weil er sein Gesuch nicht fristgerecht eingereicht hatte. Die Besetzung eines kirchlichen Gebäudes im ökumenischen Zentrum Saint-Marc in Grenoble und ein politischer Hungerstreik führten zu einem gemeinsamen *Kommuniqué* katholischer und reformierter kirchlicher Stellen, das soviel widersprüchliche Reaktionen hervorrief, daß der katholische Bischof der Stadt, *G. Matagrín*, sich gezwungen sah, in einem öffentlichen Brief den Sinn kirchlicher Stellungnahmen zu konkreten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Situationen zu erläutern (vgl. „La Croix“, 3. 7. 71): Solche Stellungnahmen gehörten zur eigentlich spirituellen Sendung des Papstes und der Bischöfe.

Politisch-kirchliche Spannungen in Frankreich

Die schon seit einiger Zeit *anhaltenden Spannungen* zwischen Kirche und Staat in Frankreich haben sich in jüngster Zeit verschärft. Das aktive politische Engagement vieler katholischer Laien und auch mancher Priester in Linksparteien und Gewerkschaften sowie in *linksgerichteten Gruppen* mit sozialrevolutionärem Akzent ist der Regierung ein Dorn im Auge. Immer mehr Priester (bisweilen sogar Bischöfe) fühlen sich veranlaßt, im Namen des Evangeliums — oder auch aus „gemischten“ Motiven — zu konkreten Fällen von sozialer Ungerechtigkeit Stellung zu nehmen, sich auf die Seite streikender Arbeiter zu schlagen und repressive Maßnahmen der Regierung gegen Arbeiter und Studenten anzuprangern. Der Episkopat als ganzer hält sich zurück. Die *Regierung* ist zunehmend irritiert, daß die

Bischöfe nichts gegen die Angriffe linksgerichteter katholischer Gruppen auf die als faschistisch gebrandmarkte Regierungspolitik unternehmen. Geradezu schockiert war man, als nach dem Tode des Staatspräsidenten *Ch. de Gaulle* verschiedene Geistliche da und dort das Ersuchen der Behörden um ein „offizielles“ Requiem für den Verstorbenen mit dem Hinweis auf seinen allzu „politischen“ Charakter ablehnten.

Politischer Katholizismus?

Als die Rom nahestehende katholische Tageszeitung „La Croix“ im November 1970 (19. 11. 70) ein Interview mit dem stellvertretenden Generalsekretär der KPF, *G. Marchais*, über das Verhältnis zwischen Kirche und Kommunismus bzw.

Ein explosives Kommuniqué

Exemplarisch für die zunehmend gespannten Beziehungen zwischen Kirche und staatlichen Stellen bzw. gaullistischen Exponenten in Frankreich ist ein Fall, zu dem sich auch der Erzbischof von Paris und Präsident der französischen Bischofskonferenz, Kardinal *F. Marty*, äußerte, und der bis zu Jahresbeginn zurückreicht. Am 14. Februar 1971 kam es bei der Besetzung von Sacré-Cœur auf dem Montmartre durch linke politische Gruppen zu einem Hand-

gemeinge mit der Polizei. 70 Teilnehmer wurden verhaftet. Dreizehn von ihnen wurden zu sechs bzw. zu vier Monaten Gefängnis verurteilt, ohne daß von kirchlicher Seite Anzeige erhoben worden war. Daraufhin veröffentlichte Kardinal *F. Marty* mit den zwei Weihbischöfen *R. Frossard* und *D. Pézeril* ein gemeinsam unterzeichnetes *Kommuniqué*, in dem sie den Mißbrauch kirchlicher Gebäude zu politischen Zwecken zwar verurteilten, aber zugleich die Schwere der Strafe angesichts der Jugend der Betroffenen und ihrer damit erschwerten Zukunftschancen bedauerten (vgl. „*Informations Catholiques Internationales*“, 15. 5. 71).

Diese Erklärung wirkte wie ein Stich ins Wespennest. Extrem rechts stehende Politiker, wie z. B. *J.-L. Tixier-Vignancour*, legten ihre Worte nicht auf die Waagschale: „Kardinal Marty hat mehr für den Umsturz getan als 10 000 Linke.“ Eine unverhohlene Drohung sprach der Vorsitzende der Kommission für kulturelle, Familien- und soziale Angelegenheiten der Nationalversammlung, der Gaullist *A. Peyrefitte*, aus. „Die Achtung vor der Trennung von Kirche und Staat hätte einen Bischof dazu bewegen müssen, vor allem kurz vor der Abstimmung über den Regierungsentwurf zur Subventionierung der Privatschulen [vgl. auch Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 263 ff.], mehr Umsicht an den Tag zu legen.“ Allgemein sah man auf seiten der Regierung im *Kommuniqué* des Kardinals einen Angriff auf die Unabhängigkeit der Justiz. Die Reaktion der Öffentlichkeit auf das *Kommuniqué* in der Presse und in persönlichen Briefen an den Kardinal war gespalten. Sie reichte von begeisterter Zustimmung bis zu fast beleidigenden Äußerungen der Ablehnung. Dies veranlaßte den Erzbischof von Paris, seine Antwort an die Briefschreiber zu veröffentlichen (vgl. „*Informations Catholiques Internationales*“, 1. 6. 71). Er erklärte, allein die Sorge um die Zukunft der jungen Verurteilten habe ihn dazu bewogen. Die christliche Gemeinde von Paris könne einem solchen Prozeß gegenüber nicht gleichgültig bleiben.

Doch damit war die Sache noch nicht abgetan. Anfang Juni verteilten linkskatholische Gruppen (z. B. „*Témoignage Chrétien*“; „*Échanges et Dialogues*“, „*La Lettre*“) anlässlich des

bevorstehenden *Berufungsprozesses* der dreizehn Verurteilten Flugblätter, auf denen sie die schwache Reaktion kirchlicher Stellen kritisierten und für den 14. Juni in den rund 80 Kirchen der Pariser Region die Verteilung von Flugblättern und Diskussionen über den Fall von *Sacré-Cœur* sowie über den „aufkommenden Faschismus“ in Frankreich ankündigten, an dem sich die Kirche durch ihr Schweigen mitschuldig mache. Eine von der konservativen Gruppe der „Schweigenden in der Kirche“ (vgl. Herder-Korrespondenz 24. Jhg., S. 588) für den gleichen Tag in *Notre-Dame* angekündigte Gegendemonstration gegen den Mißbrauch der Gotteshäuser zu politischen Zwecken veranlaßte die Linken zum Rückzug aus *Notre-Dame*. Zu einem kurzen Zusammenstoß zwischen „linken“ und „rechten“ Katholiken kam es nur in der Kirche von *Saint-Germain-des-Prés*.

Wo liegen die Ursachen?

Daß solche Vorfälle und öffentliche Stellungnahmen teils hoher kirchlicher Persönlichkeiten die Politiker in höchstem Maße irritieren und zu Spannungen führen, ist nur zu natürlich. Die Bischöfe suchen die Situation zu entdramatisieren. Vielfach wird behauptet, die Regierung habe bereits Anfang November 1970 durch einen Besuch des Staatssekretärs für Erziehung, *P. Billecocq*, in Rom direkt mit der kirchlichen Spitze über diese Spannungen ins Gespräch zu kommen versucht. Der Besuch war seinerzeit in der Presse so interpretiert worden. Das Gerücht wurde aber von vatikanischer Seite wie vom Pressesprecher des Episkopats als reine Erfindung dementiert (vgl. „*La Croix*“, 20./21. 12. 70).

Die Ursachen für diese Spannung wird man nur vordergründig in den genannten und anderen Vorfällen suchen dürfen, die selbst lediglich Symptom eines tiefergehenden Wandels im Verhältnis der Kirche zur politischen Gewalt sind. Christen, Priester und Bischöfe beginnen, sich — in Frankreich wie anderswo auch — immer stärker der politischen Dimension des Evangeliums bewußt zu werden. Man sucht gegenwärtig einen neuen Standort im Verhältnis zur staatlichen Autorität. Die Bischöfe haben eine Studie über das Verhältnis von „Glaube und

Politik“ in Auftrag gegeben, die die verschiedenen Tendenzen nach rechts und links prüfen soll. Die Gründe für diese Umorientierung liegen tiefer. Bereits das Konzil hat den Willen der Kirche zur Unabhängigkeit gegenüber jeder zivilen und politischen Autorität bekundet. Auf diesen Willen zur Unabhängigkeit traf ein hauptsächlich „von unten“ kommender Druck eines „politisch“ entwickelteren Katholizismus. Das Mißtrauen gegenüber den früher überbetonten Werten der Tradition, der Autorität, der Ordnung und des Gehorsams und eine zunehmende Sensibilisierung für die Werte der Freiheit, der Initiative und des politischen Engagements da, wo die Menschenrechte verletzt wurden, taten ein übriges. Die Forderungen, durch Schweigen gegenüber den Verletzungen der Menschenrechte an diesen nicht mitschuldig zu werden oder sie damit zu decken, blieben nicht ohne Wirkung (vgl. *R. Rémond*, *L'Église et l'Etat*, „*Le Monde*“, 6. 7. 71).

Freilich darf — auch darauf wird in Veröffentlichungen hingewiesen — das politische Engagement nicht zu einer „Politisierung“ des Evangeliums und damit zu seiner Verkürzung zu einer sozialpolitischen Botschaft führen. Sie wäre ebenso verhängnisvoll wie ein politischer Neutralismus, der zwischen Religion und Politik einen „eisernen Vorhang“ errichten möchte. Die Tendenz zu einer solchen Verengung bei bestimmten katholischen Gruppierungen sei nicht von der Hand zu weisen (vgl. *P. Eyt*, *Pour une réflexion en matière politique* . . ., „*Nouvelle Revue Théologique*“, Dezember 1970, S. 1055—1075).

Auf dem Weg zu einer neuen Position

In dieser Situation ist das Interview, das Kardinal *F. Marty* am 22. April den „*Informations Catholiques Internationales*“ (1. 6. 71) u. a. auch über das Verhältnis der Kirche zur Staatsgewalt gab, ein Versuch, dieses Verhältnis neu zu sehen und den Sinn des politischen Engagements kirchlicher Persönlichkeiten zu klären. In seinen Ausführungen distanzierte sich der Kardinal, der als pastoral aufgeschlossene und gemäßigt reformerisch denkende kirchliche Persönlichkeit gilt, von der bisherigen protokollarisch-zeremoniellen, mehr institutionellen Art der beider-

seitigen Beziehungen (auch wenn diese nicht gänzlich vermieden werden können). Die Kirche müsse in ihrem Verhältnis zur staatlichen Autorität einen neuen Stil finden, der sie als Dienerin der Menschen transparent werden läßt. Auch wenn sie als Institution mit einem „gewissen Gewicht“ auftritt, versteht sie sich, so betont der Erzbischof, nicht als „Macht“. Er sprach seine Bereitschaft zu einem offenen persönlichen Dialog mit den Politikern aus. Seinen Sinn sah er darin, die Politiker und ihr Handeln bzw. ihre Entscheidungen mit den Forderungen des Evangeliums zu konfrontieren. Die Kirche habe dabei immer noch eine „gewisse Furcht vor dem Politischen“ zu überwinden, die historisch bedingt sei. Eine weitere Frage wüßte der Kardinal zu klären: mit welcher Kompetenz kann die Kirche in diesem Dialog sprechen, da ihr ja die für die Beurteilung einer bestimmten politischen Entscheidung erforderlichen Informationen weit-

gehend fehlen? Kardinal Marty brachte eine doppelte Sorge zum Ausdruck: einerseits müsse die Kirche ihre Freiheit jedweder Gewalt und allen Gruppierungen gegenüber bewahren, andererseits soll und muß sie mit der Botschaft des Evangeliums überall präsent sein und den Mut haben, einzig und allein dessen Forderungen zu verkündigen. Es gehe darum, die „Welt der Politik zu evangelisieren, nicht aber, sie für sich auszunützen“. Das Evangelium ist für den Kardinal nicht neutral. Die Kirche hat vor allem die Stimme der Ärmsten der Armen zu sein und der Wahrheit der Verhältnisse zu dienen. Vor allem bedürfe es der persönlichen Beziehungen zwischen Politikern und kirchlichen Persönlichkeiten.

Aufschlußreich für diese Frage sind auch die Ergebnisse einer repräsentativen Meinungsumfrage unter den französischen Katholiken über das Verhältnis von Kirche und Staat. Danach soll die Kirche vorwiegend

zu moralischen Fragen öffentlich Stellung nehmen: zur Pornographie (63%), zur Abtreibung und zur Geburtenregelung (44%), zum Krieg, vor allem zum Vietnamkrieg (62%). Eine aktive gewerkschaftliche Tätigkeit der Priester wird von 41% der Befragten (gegen 39%) abgelehnt. Noch weniger sollten diese im eigentlichen Sinne politisch aktiv werden (60%). Vor allem zu Wahlen (67%) und zu Streiks (61%) sollten Priester und Bischöfe nicht Stellung nehmen. Immerhin sprachen sich 44% für Erklärungen der Kirche zur allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklung aus. Insgesamt läßt sich eine Tendenz zum stärkeren gesellschaftskritischen Engagement der Kirche aus den Antworten herauslesen (vgl. „La Croix“ 14./15. 7. 71). Wird es, bevor es den Bischöfen gelingt, zu einem neuen Modus vivendi im Verhältnis zum Staat zu finden, zu einem offenen Konflikt zwischen beiden kommen? Ausgeschlossen ist es nicht.

Vorgänge und Entwicklungen

Der Rechtsschutz des werdenden Lebens

Zur Abtreibungsdiskussion in der Bundesrepublik

Über Abtreibung wird gegenwärtig nicht nur in Deutschland gesprochen, geschrieben und mit den unterschiedlichsten Argumenten gestritten. Das Thema ist weltweit geworden schon seit 1968, als man in England und in verschiedenen Bundesstaaten der USA eine weitgehende Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs durchzusetzen begann. Sie hat ihren Niederschlag auch in einigen asiatischen Ländern gefunden (Japan, Korea). Sie ist im skandinavischen Rechtskreis neu aufgelebt, als in Dänemark 1969 das Abtreibungsstrafrecht weiter „liberalisiert“ wurde. Sie hat inzwischen auf den romanischen Bereich übergegriffen. In Frankreich steht eine Gesetzesänderung bevor, über die seit Herbst vorigen Jahres heftig debattiert wird. Bisher war nur die sog. therapeutische bzw. mütterliche Indikation straffrei, „wenn eine solche Intervention das einzige Mittel ist, um das Leben der Mutter zu retten“. Der jetzt diskutierte Gesetzesentwurf, das sog. „Projet Peyret“ (nach dem gleichnamigen gaullistischen Abgeordneten in der Nationalversammlung), sieht eine Erweiterung der Straffreiheit in drei Fällen vor: die medizinische Indikation im weiteren Sinne („wenn durch die Schwangerschaft das Leben der Mutter unmittelbar oder durch mehr oder weniger ferne Komplikationen bedroht wird“); die eugenische Indikation („wenn anerkannt ist, daß es sich um eine unheilbare Mißbildung des Embryos... mit schweren körperlichen oder geistigen Schäden handelt“); die ethische Indikation („wenn die Schwangerschaft die Folge eines kriminellen Aktes oder einer Gewalttat ist“). Voraussetzung ist jeweils das Gut-

achten eines dreiköpfigen Ärztekollegiums. (Zum „Projet Peyret“ vgl. „Le Monde“ vom 14. 10. 1970 und die „Cahiers Laennec“, März 1971, S. 5 ff.) Sogar in Italien beginnt jetzt, nachdem der Streit über die Einführung der Ehescheidung fürs erste (bis zur Durchführung eines Referendums) überstanden ist, eine Kampagne für eine begrenzte strafrechtliche Freigabe des Schwangerschaftsabbruchs. Der neugebildeten holländischen Regierungskoalition, die in der Hauptsache von konfessionellen Parteien getragen wird, wird die Absicht zugesprochen, als eine der ersten Gesetzesinitiativen einen Entwurf zur Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs einzubringen. In Belgien laufen parallele Bestrebungen.

In Österreich und der Schweiz laufen ähnliche Kampagnen wie in der Bundesrepublik. In Österreich, wo bisher wie in der Bundesrepublik der Schwangerschaftsabbruch in jedem Fall (mit Ausnahme der mütterlichen Indikation) unter Strafe stand (§ 144 des Öst. Strafgesetzes), sieht der Regierungsentwurf, der ursprünglich im Mai dem Parlament im Zuge der „großen Strafrechtsreform“ hätte vorgelegt werden sollen, die um ethische und eugenische Argumente erweiterte medizinische Indikation vor. In der Schweiz, wo bereits seit 1937 die medizinische Indikation im weiteren Sinne freigegeben ist, „um eine nicht anders abwendbare Lebensgefahr oder große Gefahr dauernden schweren Schadens an der Gesundheit von der Schwangeren abzuwenden“ (Art. 120 des EStGB), tendiert eine Volksinitiative zu einer Erweiterung des Indikationskatalogs.